LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN 8. Wahlperiode

Drucksache 8/ 11.01.2023

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Danzig, Polen, vom 18. bis 20. September 2022

Der Landtag möge beschließen:

- 1. Der Landtag stimmt der vom 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 20. September 2022 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
- 2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen des Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Empfehlungen vorzulegen.
- 3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Feststellungen und Forderungen einzusetzen und diese umzusetzen sowie den Landtag im Vorfeld des 19. Parlamentsforums Südliche Ostsee bis zum 31. Mai 2023 über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.
- 4. Der Landtag leitet diese Entschließung dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) zu.

Julian Barlen und Fraktion

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion

Begründung

Vom 18. bis 20. September 2022 fand nach einer fast dreijährigen pandemiebedingten Unterbrechung das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) statt. Auf Einladung des Sejmik der Woiwodschaft Pommern kamen mehr als sechzig Delegierte der regionalen Parlamente und Sachverständige aus Deutschland und Polen nach Danzig, um gemeinsame Empfehlungen zum Thema "Der European Green Deal – Wasser und Klimawandel" zu erarbeiten und zu verabschieden. Inhaltlich wurden die Beratungen durch die im März 2020 durchgeführte internationale Expertenanhörung in Elbing, Polen vorbereitet. Aufgrund der COVID-19-Pandemie war es erforderlich geworden, die für Mai 2020 geplante 18. Jahreskonferenz um mehr als zwei Jahre zu verschieben. Für den Landtag war diese Unterbrechung wahlperiodenübergreifend.

Unter der Leitung der Ersten Vizepräsidentin, Frau Beate Schlupp (CDU), nahmen die Abgeordneten Herr Marcel Falk (SPD), Frau Beatrix Hegenkötter (SPD), Herr Thomas Krüger (SPD), Herr Nikolaus Kramer (AfD) und Herr Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an der Jahreskonferenz des Parlamentsforums in Danzig teil. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern arbeitet seit 2004 gemeinsam mit dem Landtag Schleswig-Holstein, der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren im Parlamentsforum Südliche Ostsee zusammen. Die Kaliningrader Gebietsduma wurde in Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine von der Teilnahme am Parlamentsforum ausgeschlossen. Im April 2022 adressierten die deutschen Delegationen einen unter Federführung des Landtages entstandenen Brief an die polnischen Partnerparlamente, in dem sie den ungerechtfertigten militärischen Angriff Russlands aufs Schärfste verurteilten und die Suspendierung der Kaliningrader Gebietsduma von allen Aktivitäten im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee vorschlugen.

Neben Beratungen zum vereinbarten Thema "Wasser und Klimawandel" stand ein Austausch der sechs deutschen und polnischen Regionalparlamente über die aktuelle humanitäre Situation infolge des russischen Aggressionskrieges sowie die Erfahrungen der jeweiligen Regionen bei der Unterstützung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine auf der Agenda.

Auch die Umweltkatastrophe in der Oder – ein hochaktuelles Thema für unser Land – wurde im Lichte der Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels besprochen. Auf Einladung des Landtages hielt Herr **Dr. Christian Wolter** vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) einen Expertenvortrag zum Thema "Die Oderkatastrophe – Lehren für unsere Flüsse im Klimawandel". Herr Dr. Wolter sprach über die Ursachen des massiven Fischsterbens in der Oder und stellte eine Reihe forschungsbasierter Handlungsempfehlungen vor, um die Resilienz der Flüsse angesichts der Folgen des Klimawandels zu erhöhen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern schlug zudem vor, u. a. eine Verbesserung der Kooperation im Bereich der Aufstellung und Aktivierung von Alarm- und Warnplänen in der Resolution anzusprechen.

Das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee endete mit der einstimmigen Verabschiedung der anliegenden Konferenzresolution, in der auch die Vorschläge des Landtages mitberücksichtigt wurden.

Konferenzablauf des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee, vom 18. bis 20. September 2022 in Danzig, Polen

"Der European Green Deal - Wasser und Klimawandel"

Erster Konferenztag: Wasser und Klimawandel

Am ersten Konferenztag stand das Thema "Wasser und Klimawandel" im Zentrum der Beratungen der deutschen und polnischen Partnerparlamente. Nach der Eröffnung der Konferenz durch den Vorsitzenden des Seimik der Woiwodschaft Pommern, Herrn Jan Kleinszmidt, wurden die Konferenzteilnehmenden durch die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Frau Cornelia Pieper, begrüßt, Darauf folgten Ansprachen der Vertreterinnen und Vertreter der Regionalparlamente sowie eine Begrüßungsrede durch den EU-Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei, Herrn Virginijus Sinkevičius. Im zweiten Sitzungsabschnitt wurden Expertenvorträge zu unterschiedlichen Aspekten des Klimawandels entsprechenden Umweltschutzmaßnahmen gehalten. Anschließend fand die Redaktionskonferenz zur Vorbereitung des finalen Resolutionsentwurfs statt. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wurde durch seine Erste Vizepräsidentin, Frau Beate Schlupp, in der Redaktionskonferenz vertreten.

I. Eröffnung des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee

Herr Jan Kleinszmidt (Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Pommern) eröffnete im Namen des gastgebenden Parlaments das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee und wies eingangs auf das geänderte Format der Jahreskonferenz hin, von der die Kaliningrader Gebietsduma infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine ausgeschlossen worden sei. Für viele sei es unbegreiflich gewesen, dass im 21. Jahrhundert ein Staat einen anderen Staat mitten in Europa angreifen könne. Herr Kleinszmidt betonte, dass die Ukraine die Grenzen Europas verteidige und für die gemeinsamen Werte kämpfe. In den schweren Zeiten seien vor allem lokale Gemeinschaften herausgefordert. In diesem Zusammenhang sei Solidarität sehr wichtig.

Angesichts des durch Russland aeführten Krieges und der damit zusammenhängenden Energiekrise sei das Thema des 18. Parlamentsforums besonders aktuell. Anstrengungen, Klimaneutralität zu erreichen, zählten zu den Schlüsselherausforderungen des 21. Jahrhunderts. Infolge des Klimawandels träten Umweltkatastrophen immer häufiger auf; daher sollten entsprechende Maßnahmen umgehend ergriffen werden. Klimabildung sei auch ein wichtiger Aspekt der Umweltpolitik, da nachfolgende Generationen mit den Folgen des Klimawandels würden leben müssen.

Begrüßung durch Frau Cornelia Pieper (Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig)

In ihrer Begrüßungsrede zur Eröffnung der 18. Jahreskonferenz des PSO bedankte sich Frau Generalkonsulin Cornelia Pieper beim Sejmik der Woiwodschaft Pommern für die Organisation einer gemeinsamen deutsch-polnischen Tagung nach einer längeren pandemiebedingten Unterbrechung. Solche Begegnungen seien

außerordentlich wichtig für bilaterale Partnerschaften. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen seien aktuell angespannt, die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene seien jedoch anders. Die Kontakte und Freundschaften zwischen Menschen seien sehr wichtig – und so auch die bilateralen parlamentarischen Beziehungen und der Austausch zwischen Abgeordneten, die die jeweiligen Zivilbevölkerungen repräsentierten. Diese Beziehungen hätten über die Jahre ihre Nachhaltigkeit bewiesen und dies werde sich auch in Zukunft nicht ändern, so Frau Pieper. Daher begrüßte die Generalkonsulin die Tatsache, dass das 18. Parlamentsforum eine lange Tradition internationaler Begegnungen regionaler Parlamente fortsetzte, und äußerte sich zuversichtlich, dass die gemeinsame Resolution zur Lösung geteilter Probleme und Herausforderungen beitragen werde.

II. Grußworte der Partnerparlamente

Hamburgische Bürgerschaft

Zum Auftakt der Konferenz erinnerte Frau Carola Veit (Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) an die Suspendierung der Duma des Kaliningrader Gebietes und unterstrich, dass zu den Fundamenten der parlamentarischen Zusammenarbeit neben der gegenseitigen Achtung und dem Respekt vor den jeweiligen regionalen und nationalen Unterschieden auch die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts sowie demokratischer Grundprinzipien gehöre. Es sei wichtig, bestehende Verbindungen intensiver zu nutzen, Ideen auszutauschen und voneinander zu lernen, betonte Frau Veit. Mit dem Thema "Wasser und Klimawandel" adressiere das Parlamentsforum ein Problem, das alle Partnerregionen betreffe. Kooperation sei dabei der einzige Weg, den Klimawandel aufzuhalten. Dies sei auch eine Verpflichtung gegenüber der kommenden Generation. Frau Veit wies zudem auf die Bedeutung des für den zweiten Konferenztag geplanten Erfahrungsaustausches zur Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine hin. Abschließend erinnerte Frau Veit daran, dass die Hamburgische Bürgerschaft im Jahr 2015 zum ersten Mal eine Jahreskonferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee ausgerichtet hatte, und bekundete im Namen der Bürgerschaft ihre Vorfreude, im Jahr 2023 das 19. PSO in Hamburg auszurichten.

Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren

Frau Bernadeta Hordejuk (Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren) äußerte sich froh darüber, dass das Parlamentsforum nach einer Pause seine Arbeit habe wiederaufnehmen können. Die Abwesenheit der Abgeordneten aus Kaliningrad sei eine Konsequenz der völkerrechtswidrigen Handlungen des russischen Staates. In diesem Zusammenhang bekräftigte Frau Hordejuk die Solidarität mit der Ukraine. Ferner erinnerte sie daran, dass die Gespräche zum Thema der 18. Jahreskonferenz im Jahr 2020 in Elbing, Ermland-Masuren begonnen hätten. Man sähe immer deutlicher, wie sich der Klimawandel auf das Leben der Menschen auswirke und wie wichtig es sei, Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu ergreifen. Internationale Treffen wie jene im Rahmen des Parlamentsforums könnten etwas bewirken, da sie nicht nur auf lokaler, sondern auch auf überregionaler Ebene Maßnahmen vorschlagen würden. Zum Abschluss ihrer Rede bezog sich Frau Hordejuk auf die Worte der Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in

Danzig und vergewisserte Frau Pieper der Beständigkeit deutsch-polnischer Beziehungen auf subnationaler Ebene.

Landtag Schleswig-Holstein

Auch Frau Kristina Herbst (Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein) betonte, dass der Austausch im Rahmen des Parlamentsforums der richtige Weg sei, um die regionale deutsch-polnische Zusammenarbeit zu bestätigen. Es gebe nur die eine Ostsee und es sei wichtig, dass der Zusammenhalt weiter vertieft werde. Politische Entscheidungen würden zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Partnerregionen getroffen und der Umweltschutz sei eine gemeinsame Herausforderung. Frau Herbst bemerkte, dass man vor zwei Jahren gedacht hätte, dass die Lösung der mit dem Klimawandel zusammenhängenden Probleme schneller voranschreiten werde. Die Energiekrise werde die Politik jedoch in Zukunft anspornen, notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Sie bedankte sich bei den Gastgebern für die Gelegenheit zum Austausch über die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge und hob die Bedeutung von persönlichen Gesprächen für das gemeinsame Handeln hervor.

Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

Frau Teresa Kalina (stellvertretende Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern) begrüßte im Namen der Regionalregierung und des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern die Konferenzteilnehmenden und betonte die grundlegende Bedeutung des europäischen Grünen Deals für lokale Gemeinschaften, insbesondere angesichts der jüngsten Umwelttragödie an der Oder. Sie unterstrich, dass es besorgniserregend sei, dass die Verursacher des Vorfalls nicht identifiziert und keine konkreten Gründe für das Fischsterben genannt worden seien. Sie wies darauf hin, dass Schritte im Bereich von Monitoring und Prävention unternommen werden müssten und dass die Politik in dieser Hinsicht unverzüglich reagieren sollte. Frau Kalina bekräftigte ebenfalls die Aussage von Frau Generalkonsulin Pieper, dass kommunale Zusammenarbeit sehr wichtig sei.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

In ihrem Grußwort zu Beginn der Jahreskonferenz bedankte sich Frau Beate Schlupp (Erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) bei dem Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, Herrn Jan Kleinszmidt, für die Organisation des Forums in der aktuellen herausfordernden Zeit, Frau Schlupp betonte, dass dem Verstoß Russlands gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts sowie dem Versuch, Europa zu spalten und zu schwächen, mit Entschlossenheit, Solidarität und Einigkeit entgegnet werden müsse. Daher begrüßte sie die Entscheidung der polnischen Gastgeber, die Unterstützung Kriegsflüchtlinge zu besprechen sowie die Beratungen zum vereinbarten Thema "Wasser und Klimawandel" fortzusetzen. Die Umweltkatastrophe in der Oder habe die Aktualität des gewählten Themas und die Bedeutung gemeinsamer Anstrengungen zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels gezeigt. Die Katastrophe in der Oder habe ebenfalls Bedarfe grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Bereich des Gewässer-Managements offenbart. Daher verwies Frau Schlupp auf die Vorschläge des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Resolutionsentwurf. Der Aufbau von Frühwarnsystemen könnte in Zukunft helfen, schneller und effektiver auf ähnliche Katastrophen zu reagieren. Zum Schluss merkte sie an, dass die Jahreskonferenz

nach einer längeren Unterbrechung genutzt werden sollte, um die bilateralen grenzüberschreitenden Kontakte und Freundschaften wiederzubeleben und zu pflegen, da ein offener internationaler Austausch in der aktuellen Krisenzeit mehr denn je benötigt werde.

Begrüßung durch Herrn Virginijus Sinkevičius (EU-Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei)

Der EU-Kommissar für Umwelt, maritime Angelegenheiten und Fischerei, Herr Virginijus Sinkevičius, ging in seiner Rede zum Auftakt der Jahreskonferenz auf die Umweltprobleme der Ostsee ein, die sich laut Experteneinschätzungen in einem befinde. ökologischen Zustand Umweltverschmutzung. Nährstoffbelastung, versenkte Munition sowie das jüngste massive Fischsterben in der Oder bedürften gemeinsamer Lösungsansätze. Der Krieg in der Ukraine habe zudem die Notwendigkeit eines beschleunigten Ausbaus von erneuerbaren Energien gezeigt. Die Europäische Kommission entschlossen, sei die Entwicklung Kreislaufwirtschaften zu fördern. Zudem sei ein effektives Management von Wassernachfrage und -angebot notwendig. Wasserwiederverwendung sei in dieser Hinsicht sehr wichtig. Des Weiteren erinnerte Herr Sinkevičius an die durch ihn initiierte hochrangige "Our Baltic" Konferenz vom 28. September 2020 sowie an das HELCOM-Ministertreffen vom 20. Oktober 2021, auf dem der aktualisierte Ostseeaktionsplan (Baltic Sea Action Plan, BSAP) beschlossen worden sei. Schließlich rief er zu mehr Kooperation bei der Beseitigung von Munitionsaltlasten in der Ostsee sowie zu Investitionen in öffentlich-private Partnerschaften auf. Er hob die regionale zwischenparlamentarische Kooperation hervor und betonte, dass Abgeordnete die Zukunft der gemeinsamen Ostseeregion aktiv gestalteten.

III. Fachbeiträge der regionalen Expertinnen und Experten

Als Sachverständiger vonseiten des Sejmik der Woiwodschaft Pommern hielt Herr Dr. Jacek Bełdowski (Institut der Ozeanologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften) einen Vortrag zum Thema "Wracks und versunkene Munition als Bedrohung für Umwelt und maritime Wirtschaft im Zeitalter des Klimawandels". Eingangs wies Herr Beldowski darauf hin, dass das Problem versenkter Munition ein globales sei. Am Meeresboden der Ostsee, die ein Brackwassermeer und ein einzigartiges Ökosystem darstelle, seien konventionelle Waffen, Chemiewaffen, Bomben, Granaten und sonstiges Kampfmaterial versenkt worden. Die Gefahr für die Meeresumwelt entstehe durch das Freisetzten von Schadstoffen infolge des Wegrostens von Metallhüllen. Herr Dr. Bełdowski stellte anschließend das DAIMON-Projekt vor, das darauf abziele, die Umweltauswirkungen chemischer und konventioneller Munition zu untersuchen und neue Methoden zur Risikobewertung zu entwickeln. Die erarbeiteten Risikobewertungsmethoden sowie das mathematischer Modellierung basierende Werkzeug zur Entscheidungshilfe zu den Managementoptionen sollten im Nachfolgeprojekt DAIMON Entscheidungsträgerinnen und -träger vermittelt werden.

Für die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg präsentierte Frau Meike Hamester (Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft BUKEA, Feie und Hansestadt Hamburg) einen Fachvortrag zum Thema "Von Dürre bis Starkregen – die Anpassung der Regeninfrastruktur in Hamburg". Zunächst wies sie auf den

Anstieg der Häufigkeit und der Intensität von Starkregenereignissen infolge des Klimawandels seit 1951 in Hamburg hin. In den letzten zehn Jahren seien mehr als 180 Starkregenereignisse registriert worden. Dies bedürfe eines neuen, nachhaltigen Umgangsansatzes mit Regen, der in Hamburg im Rahmen des RISA-Projekts (RegenInfraStrukturAnpassung) erforscht und entwickelt werde. Das Schwammstadt-Konzept umfasse eine Reihe unterschiedlicher Aspekte, darunter Parks, Teiche, Mulden, Dach- und Fassadenbegrünung und versickerungsfähige Beläge, die Regenrückhalt und andere Nutzungen miteinander verbänden. Anschließend stellte Frau Hamester eine Auswahl von Referenzprojekten vor und unterstrich die Bedeutung von Kommunikation und Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern.

Für den Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren ging Herr **Dr. Stanislaw Czachorowski** (Professor an der Universität Ermland-Masuren in Olsztyn) auf die *Umweltkatastrophe in der Oder* ein. Er erklärte, dass das massive Fischsterben auf die toxische Brackwasser-Alge zurückzuführen sei, deren Verbreitung in Süßwasser jedoch unnatürlich sei. Die Verbreitung der Brackwasser-Alge im Fluss hinge mit der Zufuhr von Industrieabwasser zusammen, was wiederum mit der Tatsache verbunden sei, dass Flüsse primär als Industrieobjekte und nicht als komplexe Ökosysteme betrachtet werden würden. Herr Dr. Czachorowski äußerte seine Verwunderung über Versuche, die Umweltkatastrophe in der Oder als ein natürliches Phänomen darzustellen. Er betonte, dass Abwasser für das Ökosystem der Flüsse unnatürlich sei und auch die Klimaerwärmung, die die Situation durch Niedrigwasser verschärft habe, keinen natürlichen Prozess darstelle.

Herr Prof. Dr. Conrad Wiermann (Professor für Pflanzenernährung und Bodenkunde an der Fachhochschule Kiel), der die Delegation des Landtages Schleswig-Holstein begleitete, referierte über die "Bedeutung der Bodenfruchtbarkeit für eine nachhaltige klimaschonende Landwirtschaft". Eingangs unterstrich er die Bedeutung von Ressourcenschutz und Ressourceneffizienz in Hinblick auf die Folgen des Klimawandels, des Verlusts der Biodiversität und der hohen Nährstoffbelastung. Die Resilienz von Agrarökosystemen müsse gestärkt und die Bodenfruchtbarkeit und somit auch die Ertragsfähigkeit gefördert werden. Dies könne durch regelmäßige organische Düngung, reduzierte Bodenbearbeitung. Vermeiduna Bodenverdichtung sowie Zwischenfruchtanbau erreicht werden. Zudem gebe es eine Reihe indirekter und begleitender Maßnahmen, darunter die Stärkung der Kooperation, den Schutz der Biodiversität und die Förderung relevanter Forschung. dass resiliente betonte er. Landwirtschaftsnutzungskonzepte entwickelt werden sollten, um Umweltbelastungen zu reduzieren.

Im Namen des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern hielt Herr Rafał Zahorski (Bevollmächtigter des Marschalls der Woiwodschaft Westpommern für die Seewirtschaft und Binnensegelwirtschaft) einen Vortrag mit dem Titel "Grünes Westpommern - gestern, heute und morgen". Er begann mit den historischen Aspekten der Oderregulierung in der Mitte des 19. Jahrhunderts und erläuterte anschließend die Grundsätze des deutsch-polnischen Abkommens über die gemeinsame Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Er hob die Bedeutung der Euroregion Pomerania und des Großraums Stettin nicht nur für die Woiwodschaft Westpommern, sondern auch für Mecklenburg-Vorpommern hervor. Anschließend berichtete Herr Zahorski über den Ausbau von erneuerbaren Energien in Westpommern und merkte an, dass die Region

in dieser Hinsicht Vorreiter in Polen und führend in Europa sei. Daneben ging er auch auf die Entwicklung von Wasserstofftechnologien in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Stromerzeugung und Heizung ein.

Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern stellte Herr Dr. Christian Wolter (Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei, IGB) einen Videobericht zum Thema "Die Oderkatastrophe - Lehren für unsere Flüsse im Klimawandel" vor und präsentierte eine Reihe forschungsbasierter Handlungsempfehlungen zur Erhöhung der natürlichen Widerstandsfähigkeit der Flüsse angesichts der Folgen des Klimawandels und der menschenverursachten Umweltbelastungen. Zu Beginn umriss Herr Dr. Wolter die Entwicklungen an der Oder im August 2022. So hätten die gesammelten Daten zur Wasserqualität in der Oder Hinweise zum Auftreten einer Algenblüte aufgezeigt, die toxisch für Fische und andere Flussorganismen gewesen sei. Er betonte jedoch, dass im natürlichen Fluss Algenblüten untypisch seien, da die Verweilzeit in strömendem Wasser dafür zu niedrig sei. Stauhaltungen am Fluss hätten Verweilzeit erhöht, während warme Wassertemperaturen infolge Klimaerwärmung und die hohe Nährstoffkonzentration die Bedingungen für Algen-Massenentwicklungen zusätzlich begünstigt hätten. Daher unterstrich Herr Dr. Wolter die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels, um die natürliche Resilienz der Flüsse zu verbessern. Zu den vorgeschlagenen sofortigen Maßnahmen würden der sofortige Stopp des Oderausbaus, die weitere Reduzierung von Nährstoffeinträgen sowie die Überprüfung und das dynamische Anpassen aller Einleitungen zählen. Mittelbar sollten, so Herr Dr. Wolter, Überflutungsauen für natürlichen Hochwasserschutz gestärkt, Wasserrückhalt in der Landschaft gefördert sowie Puffer- und Speicherkapazität der Auen revitalisiert werden.

Zweiter Konferenztag: Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine im Fokus

IV. Eröffnung des zweiten Konferenztages

Am zweiten Konferenztag widmeten sich die Teilnehmenden dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und dessen humanitären Folgen. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, Herrn Jan Kleinszmidt, begrüßte der Generalkonsul der Ukraine in Danzig, Herr Oleksander Plodystyi, die Delegierten und rief zu mehr Unterstützung für die Ukraine auf. Darauffolgend sprachen die Vertreterinnen und Vertreter der Regionen über die Erfahrungen ihrer jeweiligen Länder und Kommunen bei der Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine und die damit verbundenen Herausforderungen.

Eröffnung durch Herrn Jan Kleinszmidt (Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Pommern)

In seiner Eröffnungsrede am zweiten Konferenztag wies Herr Jan Kleinszmidt darauf hin, dass im Hinblick auf die humanitären Folgen des Krieges die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig seien. In seiner zweiunddreißigjährigen Arbeit in der Selbstverwaltung habe er noch nie eine vergleichbare Hilfsbereitschaft und Solidaritätswelle erlebt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine betreffe alle, da europäische Werte verletzt worden seien. Daher sei es eine moralische Verpflichtung, den Flüchtlingen zu helfen.

Rede des Ehrengastes, Herrn Oleksander Plodystyi (Generalkonsul der Ukraine in Danzig)

Der ukrainische Generalkonsul in Danzig, Herr **Oleksandr Plodystyi**, bedankte sich für die bisherige Unterstützung der ukrainischen Geflüchteten sowohl durch Polen, als auch durch Deutschland. Die ukrainische Bevölkerung sei auf die europäische Hilfe angewiesen; vor allem betreffe dies Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Betreuungsangebote für Kinder. Auch medizinische Hilfe sei sehr wichtig.

Mit der Gegenoffensive im Herbst 2022 habe die Ukraine gezeigt, was sie militärisch leisten könne. Das Land brauche jedoch mehr Munition, Ausrüstung und schwere Waffen, da die Situation sehr ernst und gefährlich für die Zivilbevölkerung bleibe. Herr Generalkonsul Plodystyi äußerte seine Zuversicht, dass die Ukraine weiterkämpfen werde, um den Krieg zu beenden. Das werde Sicherheit für ganz Europa garantieren, denn Russland werde an der Grenze der Ukraine nicht stoppen. Ohne Hilfe von außen sei kein Sieg möglich, dabei wäre ein Sieg der Ukraine gleichbedeutend mit einem Sieg Europas.

V. Vorträge der Regionen zum Thema "Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine"

Hamburgische Bürgerschaft

Frau Carola Veit (Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) bedankte sich bei Herrn Generalkonsul Plodystyi für die Kraft und den Mut und merkte an, dass der Krieg die politische Agenda in Europa noch lange nicht verlassen werde. In Bezug auf die menschliche Komponente der aktuellen Zeitenwende beleuchtete sie die Situation und die Herausforderungen, mit denen die Stadt Hamburg konfrontiert sei. Hamburg biete Unterkunft sowohl für Geflüchtete aus der Ukraine, als auch aus anderen Ländern. Im August allein seien ca. 2.000 Menschen aus der Ukraine nach Hamburg gekommen. Der erwartete Bedarf im Herbst 2022 betrage ca. 50.000 Unterbringungsplätze; die Kapazitäten der Stadt seien jedoch nahezu voll ausgeschöpft. In dieser Hinsicht bestehe großer Gesprächsbedarf mit der Bundesebene, so Frau Veit.

Gleichzeitig sei das freiwillige Engagement sehr groß. Die Stadt freue sich über freiwillige Projekte und Initiativen und könne auf die Erfahrungen und bewährte Praktiken der Flüchtlingskrise 2015 zurückgreifen. Frau Veit informierte über die Integrationsmaßnahmen der Stadt Hamburg mit besonderem Blick auf Schulen und Ausbildung sowie über medizinische Versorgung Geflüchteter.

Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren

Vonseiten des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren stellte Frau Bernadeta Hordejuk (Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren) die Erfahrungen und bewährte Praktiken der Woiwodschaft vor. Zunächst erinnerte sie daran, dass der Sejmik bereits am 22. Februar 2022 seine volle Unterstützung für die Ukraine bekundet habe. In Reaktion auf die russische Aggression habe die Woiwodschaft Ermland-Masuren alle bilateralen Vereinbarungen mit dem Gebiet Kaliningrad gekündigt. Die historischen und aktuellen Erfahrungen Polens in den Beziehungen zu Russland zeigten, dass der Angriff auf die souveräne Ukraine, der nicht nur darauf abziele, Territorium zu erobern, sondern auch die gesamte ukrainische Nation zu zerstören, nur der Anfang der russischen Expansion in ganz Europa sei.

Frau Hordejuk erörterte unterschiedliche Formen der Hilfe für ukrainische Geflüchtete, einschließlich der Kinder, und warf einen besonderen Blick auf kulturelle und soziale Unterstützungsinitiativen. Neben der materiellen Unterstützung benötigten Betroffene auch psychologische Hilfe.

Landtag Schleswig-Holstein

Frau Kristina Herbst (Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein) berichtete, dass seit Beginn des Krieges ca. 40.000 ukrainische Geflüchtete in Schleswig-Holstein erfasst worden seien. Es werde oft ein Vergleich mit der Flüchtlingswelle 2015/2016 gezogen, die aktuelle Situation sei jedoch mit ganz anderen Herausforderungen verbunden. So bestehe für ukrainische Staatsbürgerinnen und -bürger EU-Visafreiheit, was die Koordinierung und Registrierung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine schwierig mache. Die Landkreise seien bereits an ihren Kapazitätsgrenzen, da auch Geflüchtete aus anderen Ländern Hilfe und Unterkunft benötigten. Man wolle Menschen so schnell wie möglich integrieren. Viele Geflüchtete aus der Ukraine hätten jedoch signalisiert, dass sie nicht dauerhaft in Deutschland bleiben und in ihr Heimatland zurückkehren möchten. Das mache eine Überprüfung des Hilfesystems erforderlich. Angesichts der Schulpflicht wolle man den Menschen ihre Heimat und Sprache nicht wegnehmen, die Organisation des Unterrichts in ukrainischer Sprache erweise sich jedoch als schwierig. Ein Austausch über diese Fragen und Dilemmata sei notwendig, so Frau Herbst.

Sejmik der Woiwodschaft Westpommern

Frau Teresa Kalina (Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern) gab zunächst einen chronologischen Überblick darüber, wie sich die Formen und der Umfang der Unterstützung verändert hätten. Aktuell seien insgesamt ca. 32.000 ukrainische Geflüchtete in der Woiwodschaft Pommern registriert worden. Frau Kalina stellte anschließend mehrere Projekte zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge, in erster Linie von Kindern und Jugendlichen, vor. So hätten in Stettin fast 9.500 ukrainische Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung begonnen. Weitere Projekte, die in fünfzehn Landkreisen und drei Städten durchgeführt würden, befassten sich mit juristischen, psychologischen und psychotherapeutischen Beratungen, Bereitstellung von Übersetzungen, COVID-19-Impfungen, Kinder- und Jugendbetreuung, individuellen sozialen Beratungen und weiteren Integrationsmaßnahmen.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Frau Beate Schlupp (Erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) bezog sich eingangs auf die Rede von Herrn Generalkonsul Plodystyi und bemerkte, dass es schwerfalle, eine nüchterne Situationsbeschreibung vorzunehmen, wenn es um die humanitären Leiden gehe, von denen Familien und Freunde der Anwesenden betroffen seien. Frau Schlupp bekräftigte die Herausforderungen und Probleme, auch mit Blick auf die Kommunikation mit der Bundesebene, die von Frau Carola Veit und Frau Kristina Herbst zum Ausdruck gebracht worden seien. Sie verwies auf eigene Erfahrungen und Gespräche mit Kommunen, Freiwilligen und Geflüchteten und hob die große Dankbarkeit seitens der ukrainischen Menschen, aber auch die große Hilfsbereitschaft vor Ort hervor. Bei allen geschilderten Problemen solle man nicht verkennen, dass Polen das Hauptzielland für

Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sei, betonte Frau Schlupp. Es gebe in Deutschland eine große Hochachtung dafür, was Polen in dieser Krise geleistet habe.

In Mecklenburg-Vorpommern seien seit Beginn des Krieges ca. 22.000 ukrainische Geflüchtete registriert worden. Viele würden in ihre Heimat zurückkehren wollen, es werde jedoch versucht, Kinder in das Schulsystem zu integrieren. In dieser Hinsicht merkte Frau Schlupp an, dass viele positive Erfahrungen mit Digitalunterricht für ukrainische Schülerinnen und Schüler gesammelt worden seien. Für die Zukunft wünsche sie sich, dass über mehr positive Erfahrungen und Erlebnisse berichtet werden könne.

Sejmik der Woiwodschaft Pommern

Seitens der Woiwodschaft Pommern berichtete Herr Leszek Bonna (stellvertretender Marschall der Woiwodschaft Pommern) über die Erfahrungen seiner Region bei der Unterstützung und Hilfe für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Er unterstrich, dass Ukrainerinnen und Ukrainer als Gäste wahrgenommen würden. Kurz nach dem Beginn des Krieges habe der Sejmik der Woiwodschaft Pommern die Kooperationsverträge mit der Kaliningrader Gebietsduma aufgekündigt und seine Solidarität mit der Ukraine verkündet. Auch das zivilgesellschaftliche Engagement sei überragend gewesen. Polen sei nicht vorbereitet gewesen, sich mit einem solchen ernsthaften Problem auseinanderzusetzten. In Pommern seien ca. 100.000 Menschen aufgenommen worden, nicht alle seien jedoch offiziell registriert worden. Anfangs hätten Privatpersonen und NGOs Unterkünfte organisiert. Viele Flüchtlinge hätten in Großstädten bleiben wollen, um schnellstmöglich wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die Woiwodschaft habe versucht, im Rahmen des Möglichen die besten Bedingungen zu schaffen und den Menschen wichtige Informationen schnellstmöglich bereitzustellen. Anschließend stellte Herr Bonna eine Reihe von Maßnahmen. Projekten und Initiativen zu medizinischer Versorgung, rechtlichen und sozialen Beratungen, psychologischer Hilfe und Bildung, inklusiver Sprachbildung, vor.

VI. Konferenzabschluss

In seiner Abschlussrede dankte Herr Jan Kleinszmidt (Vorsitzender des Sejmik der Woiwodschaft Pommern) allen Teilnehmenden für die intensiven und vielfältigen Gespräche während der vergangenen zwei Konferenztage. Er erinnerte daran, dass die 18. Jahreskonferenz des Parlamentsforums im Jahr 2020 hätte stattfinden sollen, aber aufgrund der Pandemie auf das Jahr 2022 verschoben worden sei. Auf die Pandemie seien Krieg und Energiekrise gefolgt. Trotzdem bleibe das Thema Klimawandel sehr wichtig. Daher freute sich Herr Kleinszmidt darüber, dass sich das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee auf eine gemeinsame Resolution habe einigen können. Die Resolution komme in einem wichtigen Moment, unterstrich Herr Kleinszmidt. Die Umweltkatastrophe an der Oder habe die Aktualität und Bedeutung des Themas verdeutlicht, es seien jedoch weitere mit dem Klimawandel verbundene Krisen absehbar.

Herr Kleinszmidt begrüßte auch die große Solidarität mit der Ukraine, die am zweiten Konferenztag von allen Rednerinnen und Rednern bekundet worden sei. Dabei bezog er sich insbesondere auf die Rede von Frau Vizepräsidentin Schlupp und hob die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Unterstützung Geflüchteter hervor.

Zum Schluss warf Herr Kleinszmidt einen Blick auf die Geschichte und die Errungenschaften des Parlamentsforums Südliche Ostsee und erinnerte an das internationale Engagement der verstorbenen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, die bei der Gründung des Parlamentsforums eine wichtige Rolle gespielt habe.

Nach der einstimmigen Verabschiedung der Konferenzresolution, die durch die Delegationsleiterinnen und -leiter feierlich unterzeichnet wurde, ergriff Frau Carola Veit (Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) das Wort und lud im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft zum 19. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Hamburg ein. Frau Veit bemerkte, dass die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen das Parlamentsforum traditionell auszeichnete. Deshalb werde Hamburg das Thema "Soziale Zusammenhalt: Migration und Integration" auf die Agenda des für den 17.—19. September 2023 geplanten 19. Parlamentsforum Südliche Ostsee setzen. Zudem wolle Hamburg in Kooperation mit Schleswig-Holstein eine Expertenanhörung zur Vorbereitung der Jahreskonferenz in Schleswig-Holstein ausrichten.

